



öffentlich

Betreff:

Keine Tariffucht in städtischen Unternehmen

Einreicher:

Stadtverordnete Grimm, Herzberg und Boede, Die Andere

Erstellungsdatum 12.05.2009

Eingang 902:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung		Gremium	Empfehlung	Entscheidung
03.06.2009	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam			x

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass in kommunalen Unternehmen der Stadt Potsdam und deren Tochtergesellschaften die für die Bereiche geltenden Tarife Anwendung finden. Insbesondere soll sichergestellt werden, dass die Beschäftigten nach Gründung von Tochtergesellschaften oder Überführung von Arbeitsverhältnissen in andere Gesellschaften nicht nach niedrigeren Tarifen bezahlt werden.

Ute Grimm

Carsten Herzberg

Lutz Boede

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Durch immer neue Ausgründungen von Bereichen in eigene Gesellschaften bzw. das Zusammenlegen von Teilen von Betrieben in kommunaler Trägerschaft besteht die Gefahr, geltende Tarifvereinbarungen für die betreffenden Gewerke, Berufe und den Öffentlichen Dienst zu verlassen und die dort Beschäftigten mit Dumpinglöhnen abzuspeisen. Dies gilt es in kommunalen Unternehmen zu verhindern. Die Stadt Potsdam sollte hier mit gutem Beispiel voran gehen und ihre Bürger/innen und städtischen Angestellten zu den verbindlichen Tarifen entlohnen und nicht über Winkelzüge das Gehaltsgefälle nach unten drücken.